

Nr. 19/90 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 16. Dezember 2015

(Drucksache [19/83 S](#))

Nr. 19/91 S

Fragestunde

1. Betriebsstörungen mit Umweltbeeinträchtigungen bei ArcelorMittal Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 2. Dezember 2015
2. Zukünftige Organisation des Brandschutzes
Anfrage der Abgeordneten Klaus Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 8. Dezember 2015
3. Rückzahlung von zu viel gezahlten Kitagebühren
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Dezember 2015
4. Schulwegsicherung an Grundschulen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Dezember 2015
5. Nutzung leerstehender Hausmeisterwohnungen
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 15. Dezember 2015
6. Zukunft der Vegesacker Markthalle
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 6. Januar 2016
7. Rückgabe von Turnhallen
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. Januar 2016

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Als Flüchtlinge registrierte Kinder und Jugendliche können nicht zur Schule gehen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2016
9. Aktualisierung der Kita-Ausbauplanung des Senats
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Januar 2016

10. Umzug von Flüchtlingen in Wohnungen

Anfrage der Abgeordneten Detlef Scharf, Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. Januar 2016

11. Räumungsklage gegen die Mieterinnen und Mieter in der Rückertstraße 2

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 12. Januar 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/92 S

Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung vom 5. Januar 2016

(Drucksache [19/84 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Bürgerantrag zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/93 S

Bauen in Bremen – aber wann und wo?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Oktober 2015

(Drucksache [19/36 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2015

(Drucksache [19/80 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/94 S

Können ausreichend Wohnraum und Bauflächen in Bremen bereitgestellt werden?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 28. Oktober 2015

(Drucksache [19/38 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2015

(Drucksache [19/81 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/95 S

Kommunales Wohnungsbauprogramm jetzt!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 5. Januar 2016

(Drucksache [19/88 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/96 S

Sofortprogramm Wohnungsbau umsetzen – aus Flüchtlingen werden Bremerinnen und Bremer

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Januar 2016
(Drucksache [19/96 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. seinen Einfluss als Mehrheitsgesellschafter bei der GEWOBA dafür zu nutzen, die Strategie zur Nachverdichtung in den großen Geschosswohnungssiedlungen zu verstärken („Bremer Punkt“) und sich in großem Stil an den Ausschreibungen für neue Wohnungsbauprojekte mit Mietpreisbindung zu beteiligen (z. B. Überseestadt). Auf diese Weise soll der Bestand der Wohnungen der GEWOBA in den nächsten drei Jahren um mindestens 1 000 Einheiten wachsen.
2. dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend geeignete Flächen zeitnah der Bauwirtschaft und namentlich der GEWOBA angeboten werden.
3. Konzepte für die Förderung und Finanzierung des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus auszuarbeiten. Die Finanzierung eines dritten Wohnraumförderungsprogramms muss abschließend geklärt werden. Darüber hinaus fordert die Stadtbürgerschaft vom Senat, die Frage zu klären, wie sich die personengebundene „Übernahme der Kosten der Unterkunft“ als Anreiz für den Bau von Wohnungen nutzen lässt. Schließlich ist zu klären, wie sich die „Konzeptausschreibung von Grundstücken“ und die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht als Instrument zur Förderung des bezahlbaren Wohnungsbaus eingesetzt werden können. Darüber hinaus fordert die Stadtbürgerschaft den Senat auf zu prüfen, wie der Anteil des geförderten mietpreisgebundenen Wohnungsbaus über die bereits festgelegte 25-%-Quote hinaus erhöht werden kann.
4. ein Konzept zu entwickeln, wie der Bau von Einliegerwohnungen durch schnellere, vereinfachte Genehmigungsverfahren, gegebenenfalls durch den Verzicht von baurechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Abgeschlossenheitsbescheinigung, Gebührenbefreiung, Freistellung von Stellplatznachweis etc., gefördert werden kann.
5. den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) aus der 18. Legislaturperiode „Fördermaßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum“ umzusetzen mit dem Ziel, mittelfristig in Bremen mindestens das in Universitätsstädten durchschnittlich erreichte Niveau an Wohnraumversorgung zu erreichen.
6. ein Evaluationsinstrument aufzubauen, das kontinuierlich Planung, Grad der Realisierung und Auslastung der neu zu schaffenden Wohnungsneubauten, Wohnmodulbauten und Übergangwohnheime erfasst und bewertet.
7. ein Konzept zur Ausgestaltung der Zuständigkeiten von Immobilien Bremen (IB) bei der Einrichtung von Übergangwohnheimen und Wohnmodulbauten vorzulegen. Dieses Konzept soll u. a. das Tempo der Realisierung, die Wirtschaftlichkeit der zu errichtenden Gebäude und die Klärung des künftigen Eigentümers beinhalten.
8. zur Vereinfachung und Beschleunigung der jetzt notwendigen Bautätigkeit einen Entwurf für eine Novellierung der Landesbauordnung (LBO) und der Stellplatzverordnung vorzulegen. Darüber hinaus fordert die Stadtbürgerschaft den Senat auf, spezifische Regeln für solche Übergangwohnheime, die nicht für eine langfristige Nutzung errichtet werden, zu erarbeiten.
9. mit den Partnergemeinden des Kommunalverbundes alle Möglichkeiten der Kooperation in der Frage der Wohnraumbeschaffung und Integration der Flüchtlinge auszuloten.
10. zeitnah den entsprechenden Fachdeputationen und -ausschüssen über die eingeleiteten Maßnahmen zu berichten.

Nr. 19/97 S

Musische Bildung und Erziehung in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. November 2015
(Drucksache [19/42 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Januar 2016

(Drucksache [19/89 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/98 S

Entwicklung der Musikschule Bremen in den vergangenen zehn Jahren und Stand heute

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 24. November 2015
(Drucksache [19/61 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Januar 2016

(Drucksache [19/87 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/99 S

Ortsgesetz zur Änderung des Abfallortsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. Dezember 2015
(Drucksache [19/76 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/100 S

165. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 90/5 (Kirchhuchtinger Landstraße 30) im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2474 in Bremen-Huchting

Mitteilung des Senats vom 15. Dezember 2015
(Drucksache [19/79 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/101 S

Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2014 der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 5. Januar 2016
(Drucksache [19/85 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/102 S

Bebauungsplan 2476 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße, Flughafenallee, Hermann-Köhl-Straße und Flughafendamm zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen des Gewerbegebietes im Geltungsbereich des Bauungsplanes 1917

Mitteilung des Senats vom 5. Januar 2016
(Drucksache [19/86 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bauungsplan 2476.

Nr. 19/103 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 5 vom 15. Januar 2016

(Drucksache [19/94 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/104 S

Ortsgesetz über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 3. Dezember 2015

(Neufassung der Drucksache [19/69 S](#) vom 2. Dezember 2015)

(Drucksache [19/72 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 12. Januar 2016

(Drucksache [19/92 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Änderungsantrag und das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Inneres.

Nr. 19/105 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Einsatz von nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung angestelltem Personal an Schulen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 10. November 2015

(Drucksache [19/43 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Januar 2016

(Drucksache [19/90 S](#))

2. Sport integriert: Vereine weiter unterstützen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 13. Januar 2016

(Drucksache [19/93 S](#))

3. Notprogramm für Sportvereine – Senat muss auch mal etwas zurückgeben

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. Januar 2016

(Drucksache [19/95 S](#))

